

1/X. 1915

**Die Fortsetzung der öffentlichen Auspeisung in Gefahr.**

Ueber Veranlassung des Bürgermeisters Dr. Weisfirkhner hat der Leiter der Fürsorgezentrale des Rathhauses Obermagistratsrat Dr. Dont an das Schwarzgelbe Kreuz nachstehende Zuschrift gerichtet:

Als die Zentralstelle mit Kriegsausbruch ihre Tätigkeit aufnahm, sah sie eine ihrer Hauptaufgaben in der Auspeisung der Bedürftigen. Ihr geehrtes Komitee hat es in dankenswerter Weise übernommen, den Großteil der für diesen Zweck erforderlichen Mittel aufzubringen und war es durch Ihre rege Tätigkeit möglich, durch zehn Monate der Zentralstelle je 200.000 St. zur Verfügung stellen zu können. Seit Juli 1915 ist dieser monatliche Zufluß ausgeblieben, da die Spenden sich sehr bedeutend verringerten. Wenn auch bei allen Kriegswohlfahrtsstellen ein Abflauen ihrer Einnünfte zu bemerken ist, da der Opferstimm der Bevölkerung schon stark in Anspruch genommen wurde, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß es sich um ein Fürsorgewerk handelt, dessen Notwendigkeit jedermann klar sein muß. Ist es doch eine der wichtigsten Aufgaben der Fürsorge, die Notleidenden vor dem ärgsten Hunger zu schützen: 38.000 Personen erhalten von der öffentlichen Auspeisung täglich ein warmes Essen, darunter rund 29.000 Kinder, von denen 4000 vorschulpflichtig sind, Kinder vom Säuglingsalter bis zur Mündigkeit, die unseren Nachwuchs bilden sollen, der, in dieser männermordenden Zeit doppelt wertvoll, so weit als nur möglich dem Staate erhalten werden soll. Dafür, daß nur wirklich Bedürftige zur öffentlichen Auspeisung zugelassen werden, liegt doch eine sichere Gewähr darin, daß Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung und allen Parteirichtungen mit den Erhebungen betraut sind. Die Kosten der Auspeisung belaufen sich derzeit monatlich auf rund 300.000 Kronen und sieht die Zentralstelle den künftigen Tagen mit Sorge entgegen, da es uns unzweifelhaft erscheint, daß die Zahl der Bedürftigen und hiemit die Kosten von Tag zu Tag steigen werden, außerdem steht der Winter vor der Tür, wo die Not sicherlich noch größer werden und die öffentliche Auspeisung auch nach Eintritt friedlicher Verhältnisse noch für längere Zeit in steigendem Ausmaße andauern wird. Die Zentralstelle stellt daher an Ihr geehrtes Komitee das Ersuchen, an alle jene Wohltäter sowie an die Bevölkerung im allgemeinen heranzutreten und sie neuerdings zu bitten, auch künftighin diesem Fürsorgewerke ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Dieser Aufruf wird sicher in den Herzen der Wiener Bevölkerung Widerhall finden und es der Zentralstelle ermöglicht werden, die große Aufgabe, die sie sich bei Kriegsausbruch gestellt hat, voll und ganz erfüllen zu können. Genehmigen den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, womit zeichnet für die Zentralstelle: Dr. Dont, Obermagistratsrat."

Es wäre lebhaft zu wünschen, daß die Ausführungen dieser Zuschrift von den weitesten Kreisen der Bevölkerung in vollstem Maße beherzigt werden. Sie dient gleichzeitig zur Orientierung der Bevölkerung, beziehungsweise dazu, mannigfach aufsteigende Anschauungen zu zerstreuen, daß, da keine Arbeitslosigkeit besteht, auch die Zahl der Bedürftigen, welche der öffentlichen Auspeisung teilhaftig werden müssen, im Sinken begriffen sei. Diese leider sehr oft auf tretende Auffassung dokumentiert eine vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse; auch für die Familien der Einberufenen, die den staatlichen Unterhaltsbeitrag erhalten, reicht dieser Zuschuß angesichts der vehement gestiegenen Lebensmittelpreise sowie der verschiedensten Gegenstände, welche für die Lebenshaltung notwendig sind, lange nicht mehr aus, um selbst die dringendsten Existenzbedürfnisse zu decken. Hierzu kommt die geminderte Arbeits- und Erwerbsfähigkeit vieler bereits aus dem Kriege Heimgekehrter. Eine Einschränkung der Auspeisungen, welche, wenn die Mittel des Schwarzgelben Kreuzes erschöpft sein würden, wohl unausbleiblich wäre, würde die ärmsten Schichten der Bevölkerung, darunter eine sehr große Anzahl von Familien Einberufener in schwerer Weise treffen.